

## Zusammenfassung der GTZ-Tagung in Stuttgart

Die Tagung wurde mit drei einführenden Vorträgen sowie mit einer anschließenden Diskussionsrunde begonnen.

Zunächst zeigte Uwe Stuckenbrock anhand von zwei Beispielen, wie brach liegendes Industrieland in Stuttgart in den vergangenen Jahren in eine neue Nutzung gebracht werden konnte. Dieser Vortrag veranschaulichte sehr gut, welche Rolle kommunale Entscheidungssysteme bei solchen Prozessen spielen. Es hat sich gezeigt, dass städtebauliche Konzepte und Kompromisse sich stets am Markt orientieren müssen. Nicht zu unterschätzen sind dabei auch Interessengruppen, die sich recht schnell bilden und mit Spezialwissen erheblichen Einfluss ausüben können. Des Weiteren wurde deutlich, dass solche Entscheidungsprozesse sehr viele Jahre dauern können und dies unbedingt eingeplant werden muss.

Der Vortrag von Prof. Dr. Jörg Bogumil gab einen Überblick über den Forschungsstand hinsichtlich der Auswirkungen unterschiedlicher Modernisierungsstränge auf den kommunalen Macht- und Entscheidungsprozess. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Kommunalvertretung im Zuge von Privatisierungen und der Direktwahl des Bürgermeisters an Einfluss verliert. Der Bürgermeister gewinnt hingegen durch seine direkte Wahl deutlich an Stärke. Eingeschränkt wird diese jedoch durch Bürgerbegehren. Durch direktdemokratische Elemente (Direktwahl des Bürgermeisters, Bürgerbegehrenentscheide) erhalten die Bürger größere Einflussmöglichkeiten innerhalb des Entscheidungsprozesses. Die Bürger zählen daher laut Prof. Dr. Bogumil zu den Gewinnern. Eingeschränkt werden diese neuen Einflussmöglichkeiten jedoch durch die zunehmende Privatisierung kommunaler Aufgaben, durch Haushaltskrisen sowie unrealistische Quorenvorgaben für Bürgerentscheide. Prof. Dr. Bogumil spricht in diesem Zusammenhang von einer „Demokratisierung der Machtlosigkeit“. Auch stellte er fest, dass auf der kommunalen Ebene eine Pluralisierung der Institutionen und Steuerungsmodi zu verzeichnen ist, die zu einer Fragmentierung der kommunalen Selbstverwaltung führt.

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster ging in seinem Vortrag unter anderem auf die Herausforderung für die Zukunft der Stadt Stuttgart und die damit verbundenen Handlungsnotwendigkeiten der kommunalen Verwaltung ein. Als zentrale Herausforderung nannte er die Globalisierung, die demografische Entwicklung, die technologische Veränderungsdynamik, den Klimawandel sowie den Wertewandel. Nicht

zu verkennen ist dabei die hervorragende Lage, in der sich Stuttgart befindet. Es ist zu berücksichtigen, dass das Bild in vielen deutschen Städten ein völlig anderes ist. Dort liegen die aktuellen Herausforderungen eher im Bereich der Haushaltskonsolidierung.

In den verschiedenen Workshops wurden anschließend einzelne Handlungsfelder vertiefend behandelt. Aufgrund parallel verlaufender Workshops können an dieser Stelle nicht alle Ergebnisse berücksichtigt werden. Zu allen Workshops hat die GTZ in der Dokumentation die Handouts zur Verfügung gestellt.

Der von Johannes Middendorf vorgestellte Bürgerhaushalt im Berliner Bezirk Lichtenberg stellt ein neuartiges partizipatives Element dar. Die Bürger werden dabei in die Lage versetzt, einen Teil des Haushaltes (in diesem Fall etwa 5,5 % des Gesamthaushaltes) durch Vorschläge gestalten zu können. Dabei wird der Grundsatz verfolgt: Der Bürger schlägt vor, die Bezirksverordnetenversammlung entscheidet. Die Beteiligung beschränkt sich nur auch die Ausgaben. Eine Beteiligung für die Einnahmen kann mangels Steuerhoheit nicht erfolgen. Der Bürgerhaushalt besteht aus drei Bausteinen: 1. lesbarer Haushalt, 2. Beteiligungsverfahren durch Medienmix, 3. öffentliche Rechenschaft durch gewählte Gremien. Beteiligungsberechtigt sind alle Einwohner/innen Lichtenbergs, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Bislang beteiligen sich noch zu wenig Bürger. Bei der Aufstellung des letzten Bürgerhaushaltes waren es etwa 4000 Bürger (etwa 2%). Die Nachhaltigkeit des Projektes geht auf einen Konsens aller in der BVV vertretenen 4 Parteien (PDS, SPD, CDU, FDP) zurück. Die zusätzlichen Kosten für die Aufstellung des Bürgerhaushaltes belaufen sich in Lichtenberg auf jährlich etwa 100.000 Euro.

In einem weiteren Workshop wurde von Dr. Detlef Sack die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die lokalen Macht- und Entscheidungsstrukturen referiert. Er machte deutlich, dass den mit der Privatisierung verbundenen Chancen auch erhebliche Probleme gegenüberstehen. Bei einer Vielzahl von Privatisierungen findet eine unzureichende Steuerung seitens der Kommune statt. Dr. Sack verwies auf den drastischen Bedeutungsverlust des Gemeinderates, was auf mangelnde Informationen und einen fehlenden Einfluss auf die Leistungserbringung zurückzuführen ist. Unterschiedliche von ihm vorgeschlagene Steuerungsmöglichkeiten sollen den Kommunen dabei helfen, mit der zunehmenden organisatorischen Fragmentierung zu Recht zu kommen.

Die GTZ-Tagung in Stuttgart hat eines klar gezeigt: die kommunalen Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse haben sich spürbar gewandelt. Die Machtverhältnisse innerhalb der Kommunen sind nicht mehr dieselben. Neue Akteure und Organisationsformen sowie die neuen Herausforderungen für die Zukunft machen den kommunalen Entscheidungsprozess komplexer und langwieriger. Diese Entwicklung stellt höhere Anforderungen an die kommunalen Fach- und Führungskräfte und deren Aus- und Weiterbildung.